Politische Glossen

Autor(en): **Tung, E.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **20 (1918)**

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-749864

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

POLITISCHE GLOSSEN

Die letzten Debatten im Nationalrat über die Vollmachten des Bundesrates und die „Diktatur des Volkswirtschaftsdepartements" waren nach mehr als einer Hinsicht interessant und lehrreich. Die Gründe der Föderalisten für die Aufhebung der bundesrätlichen Vollmachten wurden im Munde der Sozialisten zu solchen für die Beibehaltung und noch schärfere Handhabung der pleins pouvoirs, während ein jederzeit sehr kampfbereiter Parlamentarier sich zum Sprecher aller Philister aufwarf und die Schwatzhaftigkeit des Rates geißelte. Und da soll nun das Volk wissen, was seine Vertreter „meinen" und wollen?

Es ist natürlich richtig, dass in jedem Parlament manchmal zum Fenster hinausgeredet wird, und in turbulenten, noterfüllten Zeiten mehr als in ruhigen. Bildet das aber nicht geradezu einen Wesenszug des gesunden Parlamentarismus? In kritischen Zeiten gibt's nur ein Entweder—Oder: Entweder Regierung und Parlament sprechen zum Volk, und das geht noch am besten zum Fenster hinaus, oder — das Volk redet durchs Fenster oder sonstwie in die Ratssäle und Amtsstuben hinein. Dann aber tönt's noch viel schärfer und greller. Siehe Zürcher Frauendemonstration und Nachfolge...

Was aufmerksamen Beobachtern an den Debatten im Nationalrat am meisten aufgefallen, ist, dass über einige dem Thema nächstliegende Dinge von keiner Seite und von keinem Redner auch nur ein Wort gesprochen wurde. Sie mögen nebensächlicher Natur erscheinen, und doch dürfte ihnen einige Bedeutung zukommen.

Nehmen wir einmal die *Bundesbureaukratie.* Selbstverständlich besteht sie und ist ein unausstehliches Ding. Was zwar schon vor dem Kriege immer wieder eine rationelle Reform der Bundesverwaltung verhindert hat, soll hier unberührt gelassen werden. Immerhin glaubte man früher, ein wirksames Mittel gegen alle Bureaukratie in der Tasche zu haben: Die Berufung von wirklich fachmännischen Kräften, Kaufleuten, Technikern, Industriellen etc. aus dem praktischen Leben an die Bundesposten. Seither sind die unzähligen Kriegswirtschaftsämter gekommen, große und kleine, die fast ausschließlich in die Hände von größern oder kleinern, welschen und deutschschweizerischen Autoritäten aus dem praktischen Leben gelegt worden sind, und dennoch soll die Bundesbureaukratie

jetzt noch ärger sein als je zuvor? Das gibt zu denken! Taugen wirklich auch diese neuen „Bureaukraten“ nichts oder ist an dem ganzen Bundesbureaukratie-Geschrei mehr — Geschrei als Wolle?

Das ist die erste Frage, die im Nationalrat einmal zu beantworten gewesen wäre.

So im Vorbeigehen — wohl aus kluger Schonung gewisser dunkler Punkte *unseres* Parlamentarismus — ist von Bundesrat Schulthess auf diese Frage eine Antwort gegeben worden, doch hat der hohe Rat der Nation diese Antwort nicht weiter beachtet.

Das geschah, als Bundesrat Schulthess erwähnte, dass die guten Genfer gegen ihren „König Naine“ (kantonaler oder städtischer Chef der Lebensmittelversorgung) einmal sogar die Intervention des bundesrätlichen „Diktators“ angerufen haben. Bundesrat Schulthess sagte es so gewissermaßen zu seiner Rechtfertigung, und im Rate gab's darüber Heiterkeit, während dem Genfer „König“ Naine bei dieser Gelegenheit eine öffentliche Ovation gebührt hätte, zum Exempel für die ganze Schweiz.

Es ist klar, dass von den bald tausend bundesrätlichen Verordnungen seit 1914 nicht alle das Richtige trafen. Jedoch auch die guten und bestgedachten eidgenössischen Maßnahmen sind von den kantonalen Organen und erst recht in den Gemeinden meist *ganz miserabel ausgeführt* oder gar *absichtlich sabotiert* worden. Das muss einmal öffentlich ausgesprochen werden, denn in diesem Punkt hat's am allermeisten gehapert mit allem!

Der beste Beweis dafür wurde im Nationalrat selber geliefert, als bei Beratung des 10. Neutralitätsberichtes, Kapitel Volkswirtschaftsdepartement, die wortreichen Kritiker der pleins pouvoirs beredt — schwiegen. Welsche und deutschschweizerische! Hier, an den Einzelmaßnahmen des „Diktators“ — Glücksgriffe oder Fehlgriffe — hätte die parlamentarische Kontrolle zum Ausdruck kommen sollen. Wenn die Herren aber gesprochen hätten, so könnten sie in Znkunft an ihren Posten in den Kantonsregierungen, in den Stadträten oder als Magnate auf dem Lande nicht mehr bei jeder begründeten und unbegründeten Klage mit höhnischer und hetzerischer Kopfbewegung nach — Bern hinweisen. Dann wäre ihr unaufrichtiges Spiel aufgedeckt gewesen, die — gewissenlose *Schieberei der Verantwortlichkeiten*, die in unserem öffentlichen Leben immer schamloser getrieben wird.

Auch wer kein Lobredner und Verteidiger des Bundesrates sein mag, muss gestehen, dass im Bundeshaus noch am sichtbarsten versucht wird, in den jetzigen außergewöhnlichen Zeiten das unbedingt notwendige Außerordentliche zu leisten. Während man von den meisten Kantonsregierungen, Bezirks- und Gemeindebehörden tagtäglich feststellen kann, dass sie mindestens zur Hälfte schleunigst durch neue Leute ersetzt werden sollten.

Mit dieser Erkenntnis kommt man zum guten Staatsbürger selber, denn an ihm liegt es, die Behörden, die er direkt zu wählen hat, auch *gut* zu bestellen. Doch das ist schneller gesagt als getan! Der Schweizerbürger ist in wirtschaftspolitischen Sachen der merkwürdigste Kauz von der Welt. Gleich wie jene Neuenburger Ständeräte, die vom Bundesrat kraft seiner Vollmachten das Schlachtviehmonopol verlangten, weil ihr Kanton sonst nicht genügend Schlachtvieh auftreiben kann, während ihre Kollegen im Nationalrat gleichzeitig nach der radikalen Abschaffung aller bundesrätlichen Vollmachten riefen —, so steckt auch in den Köpfen aller guten Deutschschweizer noch unausrottbar die Phrase von der „Mangelhaftigkeit der *Staatsmonopole*", trotzdem diese Staatsbetriebe, zumal die kriegszeitlichen, zum guten Teil auf den verschiedenen wirtschaftlichen Berufsorganisationen (mit ihren Konsum-, landwirtschaftlichen und Groß-Einkaufsgenossenschaften etc.) aufgebaut sind, denen der Bürger mehr und mehr durch dick und dünn nachfolgt. Es liegt da ein überaus verwickeltes Kapitel: Die *Berufs- und wirtschaftlichen Organisationen*, die fast ohne Ausnahme für die ganze Schweiz zentralisiert sind und mit den Bundesbehörden sich ordentlich zu verständigen beginnen, sie haben in Wirklichkeit den wirtschaftlichen Föderalismus der Kantone über den Haufen gerannt, während von den wirtschaftlichen Organisationen zu den kantonalen und Gemeindeorganen noch nicht die richtigen Brücken geschlagen sind und der Einzelbürger politisch immer noch von den Schlagworten der Kirchturms- und Kantönli-Interessen geleitet wird.

Hier muss unsere wirtschaftspolitische Kopfwaschung einsetzen. Und sie wird zu keinem andern Schlusse kommen können als: Gegen Privatmonopole und die Preisdiktatur allmächtiger Aktiengesellschaften und Konzerne, sowohl wie gegen die Starrköpfigkeit einzelner Kantone hilft nur ein Kraut, der eidgenössisch-staatliche Eingriff, sei's in Form des bisherigen Staatsmonopols, des neueren

gemischt-wirtschaftlichen Unternehmens oder durch zweckmäßige Heranziehung der Berufsverbände und Genossenschaften der Produzenten und Konsumenten. Womit durchaus keine vermehrte bleibende Zentralisation verlangt wird, sondern nur eine *bessere Organisation* der individuellen und korporativen Tätigkeit, eine Erhöhung und Vervollkommnung des Zusammenarbeitens zwischen der privaten Initiative und den Staatseinrichtungen, die Herstellung eines neuen Gleichgewichts entsprechend der heutigen Wechselwirkung der beiden Faktoren. Qualitätsarbeit und Regeneration ist zum Rettungsruf für die wirtschaftliche wie für die intellektuell-moralische und politische Existenz unseres Landes geworden. Das Gleiche muss jedoch auch von der schweizerischen Staatsmaschine verlangt werden, und zwar von der Spitze bis hinunter zur letzten Gemeindeverwaltung. Denn die zurzeit anzutreffende Unfähigkeit und Unwilligkeit, die Starrsinnigkeit und Formelzopfigkeit bei den untern und mittlern staatlichen Organen sind schlimmer als die Bundesbureaukratie.

Ohne diese Forderung wird bei uns nichts wesentlich besser werden. Und zu verwirklichen ist sie nur durch ein Mittel: *Den politischen Kampf!* Kampf — denn die Nullen und abgelebten Größen werden nirgends den Platz freiwillig räumen. Dieser politische Kampf muss einfach um *Männer* gehen, um Verwaltungsmänner. „Men not measures" — Männer, nicht Maßnahmen, die Wahrheit dieses englischen Sprichwortes müssen wir auch in der Schweiz einmal verstehen lernen. Männer, die mit den Volksmassen stark verwachsen sind, aber von freiem Urteil und unbeugsamer Tatkraft, und die die Zeitentwicklung zu übersehen vermögen. Neue Männer für die Gemeinde- und Kantonsbehörden vor allem.

Dieser politische Kampf muss aber ein in seinem Wesen neuer werden, unabhängig von den bisherigen Parteiprogrammen und -Gruppierungen. Denn diese stecken noch alle in den alten Grundgedanken und Schablonen. Die Sozialdemokratie hofft von noch bitterer Volksnot eine immer weiter gehende Vermehrung ihrer Stimmenzahlen als Gewinn — ohne den Grenzpunkt zu sehen, wo die Gegenwirkung einsetzt oder ihr Rahmen zersprengt wird — und die freisinnige Partei nicht minder erwartet in entgegengesetzter Richtung vom Versagen der wirtschaftlichen Staatsmaschine Parteigewinn. So wenigstens konnte man dieser Tage lesen, der Jahresbericht des st. gallischen freisinnigen Parteisekretariats (eines

der rührigsten Zentren freisinniger Parteitätigkeit) erwarte von den „staatssozialistischen Maßnahmen“, dass sie in normalen Zeiten den Staatsbürger schnell wieder zu den bürgerlichen Parteien zurücktreiben werden! Beide größten Parteien — die Katholisch-Konservativen richten sich für das „Bloß-Staatliche“ je nach dem Winde — wissen also keinen anderen letzten Ausweg, als dass der Patient gar nicht kuriert werden kann, sondern noch kränker werden müsse, um dann vielleicht operiert werden zu können! So handelt aber kein anständiger Arzt!

Diesen negativen, ideenlosen Heilmitteln muss ein *positives Ideal* gegenüber gestellt werden, die Forderung, dass allen Übeln und Mängeln unserer staatlichen Einrichtungen sofort zu begegnen sei, energisch und bis es wirkt; der schöpferische Glaube, dass man imstande sein müsse, alle notwendigen Verbesserungen zu erzielen und dass nur wirklich gute staatliche Maßnahmen angestrebt und verteidigt werden sollen.

Eine Erneuerung unserer gesamten Staats- und Privatwirtschaft ist das harte „Muss“ der Kriegserfahrungen. In der Privatwirtschaft sieht's jedermann ein und sucht sich darnach einzurichten, so schwer es gehen mag. Da *muss* einmal der Zeitpunkt kommen, wo dies auch für die öffentlichen Angelegenheiten gelten wird. Aber erst wenn von zu unterst hinauf neuzeitlich anpassungsfähige und tüchtige Männer amten, erst dann kann eine neue, weitgehendste Dezentralisation der Kompetenzen stattfinden — was sich von selber ergeben wird — und wodurch dann auch die Föderalisten auf einer höhern Stufe wieder zu ihrem Recht kommen.

ROMANSHORN, anfangs Juli E. TUNG

□□□

ABEND IN MONTREUX

Von BERTHA VON ORELLI

Das Leben ist heute vorübergerauscht
Mit seinem Singen und Klingen und Tand.
In diesem leuchtenden, lachenden Land
Hat lärmende Freuden es aufgebauscht.

Nun bin ich am Ufer allein mit der Nacht.
Im See spielt silbern der Mondenschein.
Die Weide taucht trauernd den Zweig hinein.
Und meine schlummernde Seele erwacht.

□□□